



DEMO FÜR ALLE
WWW.DEMOFUERALLE.DE

Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 13. März 2016 in Baden-Württemberg

Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl am 13. März in Baden-Württemberg bitten wir Sie, uns die Haltung Ihrer Partei zu folgenden familien- und bildungspolitischen Aussagen mitzuteilen.

Bitte Zutreffendes ankreuzen:

Wir treten für den Schutz von Ehe und Familie ein, wie es die Verfassungsväter und –mütter der Bundesrepublik Deutschland und des Bundeslandes Baden-Württemberg gedacht haben, wonach die Ehe ein Lebensbund zwischen einem Mann und einer Frau ist, den beide in freier Entscheidung eingehen, um eine Familie zu gründen und ihre Kinder aufzuziehen.



ja

nein

weder noch:

Bemerkung: Wir bekennen uns zu Ehe und Familie, anerkennen und respektieren aber ausdrücklich auch andere Lebensgemeinschaften, in denen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen.

Jedes Kind hat von Natur aus das Recht, eine Mutter und einen Vater zu haben und von ihnen beschützt, erzogen und umsorgt zu werden – auch wenn dies aufgrund von Schicksalsschlägen (Tod oder Trennung) manchmal nicht erfüllbar ist (siehe UN-Kinderrechtskonvention). Dieses Recht auf Mutter und Vater muss auch im Fall einer Adoption geachtet werden.



ja

nein

weder noch:

Bemerkung: _____

Wir lehnen im Einklang mit der Entscheidung des Europäischen Parlamentes vom Dezember 2015 die Legalisierung von Leihmutterschaft ab. Die Praxis der Leihmutterschaft degradiert Frauen zu bloßen Gebärapparaten und macht Kinder zu Vertragsobjekten.



ja

nein

weder noch:

Bemerkung: Auch im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD wird festgestellt, dass Leihmutterschaft abzulehnen ist, da sie mit der Würde des Menschen unvereinbar ist. Dem schließen wir uns an.

Das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht ihre Kinder zu erziehen (GG 6,2), darf auch in Schulen und Kitas – insbesondere in Erziehungsfragen zur Sexualität – nicht unterlaufen und missachtet werden.



ja

nein

weder noch:

Bemerkung: Ergänzend zum Elternrecht gilt der staatliche Bildungsauftrag zur Vermittlung von Toleranz gegenüber anderen .

Wir lehnen – insbesondere in Kitas und Schulen – Maßnahmen des Gender Mainstreaming ab, die statt die Gleichberechtigung der Geschlechter sicherzustellen, einer Verwirrung der Geschlechtsidentität Vorschub leisten.

ja nein weder noch:

Bemerkung: Im Bereich der Frühkindlichen Bildung und der Grundschule gilt eine besondere
Sorgfaltspflicht: auch in den weiterführenden Schulen hat sich Sexualunterricht am jeweiligen
Entwicklungsstand zu orientieren.

Die „neoemanzipatorische“ Sexualpädagogik, die auch dem Methodenbuch „Sexualpädagogik der Vielfalt“ (Elisabeth Tüder) zugrunde liegt, geht von einer „kindlichen Sexualität“ aus, die von Geburt an pädagogisch aktiv zu begleiten sei. Dieser Ansatz ist wissenschaftlich umstritten. Er birgt die Gefahr, dass durch sexualpädagogische Methoden die Intimsphäre und das Schamgefühl des Kindes verletzt werden, dass das noch schlafende Interesse des Kindes an Sexualität vorzeitig geweckt wird, und Kinder zu sexueller Aktivität angeregt werden. In Kindertagesstätten und Schulen ist auf schamverletzende und sexuell stimulierende pädagogische Inhalte (in Wort, Bild und Spiel) zu verzichten.

ja nein weder noch:

Bemerkung: _____

Wir lehnen diejenigen Maßnahmen des Aktionsplans »Für Akzeptanz und gleiche Rechte« ab, die einen Eingriff in die Meinungs-, Glaubens-, und Gewissensfreiheit darstellen.

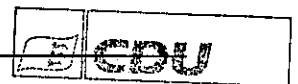
ja nein weder noch:

Bemerkung: Wir wollen den Aktionsplan in seiner Gesamtheit nach der Landtagswahl auf den
Prüfstand stellen und wo notwendig Korrekturen vornehmen.

Mit Blick auf den Bildungs- und Aktionsplan in Baden-Württemberg ist der Beutelsbacher Konsens, der Indoktrinierung und Überwältigung von Schülern verbietet, und gebietet, Kontroverses auch im Unterricht kontrovers darzustellen, gültig.

ja nein weder noch:

Bemerkung: Der Beutelsbacher Beschluss hat überall dort seine Gültigkeit,
wo kontroverse Inhalte vermittelt werden.



CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
BADEN-WÜRTTEMBERG
Landesgeschäftsstelle

Stuttgart, 25. Februar 2016
Ort, Datum

Jur. f. d. p. a.
Stempel und Unterschrift
Hasenbergstraße 49b · 70176 Stuttgart
Postfach 150245 · 70075 Stuttgart
Telefon 0711/66904-0 · Telefax 0711/66904-15
info@cdu-bw.de · www.cdu-bw.de

Vielen Dank für die Beantwortung. Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen unterschrieben bis zum **25. Februar 2016** per Scan an kontakt@demofueralle.de oder per Fax an 0391 / 73869060, an DEMO FÜR ALLE zurück.

Alle Antworten werden wir auf unserer nächsten DEMO FÜR ALLE am Sonntag, den 28. Februar 2016 in Stuttgart, sowie im Internet und über unsere Verteiler einem großen Interessentenkreis bekannt geben.